Zweite Abtheilung.

Vereins - Zeitung,
redigirt vom Directorio des Vereins.

Bericht über den allgemeinen deutschen Apotheker-Congress, gehalten zu Leipzig am 12. und 13. September 1848;

erstattet von Dr. L. F. Bley.

Nachdem seit Jahren die Apotheker Deutschlands mehr und mehr zu der Einsicht gelangt waren, dass, wenn die Pharmacie zu einer freien Entwicklung gelangen solle, mannigfache Reformen der pharmaceutischen Angelegenheiten vorgenommen werden müssten, so hatte das Directorium des norddeutschen Apotheker-Vereins bereits im Jahre 1840 eine Aufforderung erlassen an seine Mitglieder und die Apotheker überhaupt, dasselbe durch Mittheilungen über die fühlbaren Mängel in den pharmaceutischen Angelegenheiten aus allen Gegenden Deutschlands in den Stand zu setzen, diese nach allen Seiten hin gehörig beleuchten zu können. Diese Beleuchtung war versucht worden in der weiter unten erwähnten Denkschrift »über die Verhältnisse der Pharmacie in Deutschland«. Es waren von Seiten mehrerer Regierungen geeignete Reformen in Aussicht gestellt, zu dem Ende auch im Jahre 1845 von der Königl. preussischen Regierung eine Berathung des Ministeriums mit 17 Apothekern aus allen preussischen Provinzen veranlasst worden. Indess ging es mit den nöthigen Umgestaltungen dennoch nicht vorwärts, ja es kamen die daselbst gepflogenen Verhandlungen nicht einmal zur öffentlichen Kenntniss.

Als auffallende Mängel traten hervor:

1) Eine Ministerialverfügung vom Jahre 1836 hatte den Handverkauf der Apotheker beschränkt und den Handel mit Arzneiwaaren zum Nachtheil des Publicums zum Theil in die Läden der Krämer gewiesen, welche keine Kenntnisse haben von der Güte und Aechtheit der Arzneistoffe.

2) Das früher unbeschränkt gewesene Eigenthumsrecht der Apotheken war durch die Cabinetsordre vom 8. März und Ministerialverfügung vom 13. August 1842 höchst beschränkt worden.

3) In mehreren Ländern, am spätesten in Preussen, war den homöopathischen Aerzten das Selbstdispensiren ihrer Arzneien gestattet worden.

4) Fast überall hatte man den Apotheker gezwungen zu hohen Rabattprocenten bei Lieferungen von Arzneien an Staats- und milde Anstalten.

5) Es war nur in wenigen Staaten geeignete Fürsorge getragen zur Entschädigung der Apotheker für die so häufigen Verluste, welche sie an Arzneien für Dürftige erleiden.

6) Das hier und da übliche Vorzugsrecht bei Concursen war ihnen vielfach verkümmert worden durch Gerichtssporteln und jahrelanges Hinhalten mit der Auszahlung der Forderungen.

7) Für das Studium der Apotheker war fast auf keiner deutschen Universität die wünschenswerthe Fürsorge zur Ausbildung getroffen. Nur an wenigen Hochschulen fanden sich geeignete, aus der Schule der praktischen Pharmacie hervorgegangene Lehrer der wissenschaftlichen Zweige der Pharmacie. Nur wenige derselben boten öffentliche, gut eingerichtete chemische Laboratorien dar zur Uebung in pharmaceutischen Arbeiten für die studirenden Pharmaceuten.

8) Schmählicher Weise war das Studium der Pharmaceuten hier und da unter die Aufsicht von mit den Bedürfnissen gar nicht vertrauten ärztlichen Beamten gestellt.

9) Zur Unterstützung bedürftiger Pharmaceuten bei ihren Studien hatte noch kein einziger Staat Stipendien gestiftet oder sonstige Hilfsmittel angewiesen.

10) Ein Studiencursus war von den Pharmaceuten gesetzlich nur in Oesterreich und Baiern zur Ehre der Regierungen gefordert.

11) Die Revisionen der Apotheken waren in mehreren Staaten gesetzlich bloss Aerzten übertragen, welche wenig oder nichts von diesem Geschäft verstanden, namentlich aber dabei vorkommende chemische Prüfungen nicht auszuführen vermochten, z. B. in Mecklenburg, Oldenburg etc.

12) Die Prüfungen der Lehrlinge und Gehülfen waren meistens bloss Physicatsärzten anvertraut, bei denen man diejenigen Kenntnisse, über welche sie examiniren sollten, gar nicht einmal erwarten konnte, weil der Staatsarzt ein viel zu weites Feld wissenschaftlicher Forschung hat, als dass er diesen ihm fern liegenden Studien die gehörige Pflege widmen könnte.

13) Die Arzneitaxe war meistentheils ohne gehörige Einsicht in die ganze Sachlage der Pharmacie entworfen, und diese mehr aus merkantilischem Gesichtspuncte, als aus jenem eines auf wissenschaftlicher Basis ruhenden unmittelbaren Staatsbeamten betrachtet. Selten war dabei Rücksicht genommen auf die fast jährlich geringer sich gestaltenden Arzneiverordnungen, welche so abhängig sind von den sich gerade geltend machenden Systemen der Heilkunde.

14) Die Behörden hatten hin und wieder sich nicht gescheut, bei Arzneilieferungen an den Staat diese in Licitationen auf ein Minimum herunterzudrücken.

15) Der Staat hatte die Dispensationen in Militärlazarethen und Krankenanstalten häufig den Händen der in der pharmaceutischen Praxis unwissenden niederen Chirurgen anvertraut, ja er liess es hier und da geschehen, dass diese Dispensation durch die Knechte und Mägde der Aerzte geschehen durfte, ohne Controle und Garantie für die Kranken.

16) Der Gifthandel war den Apothekern als eine Last aufgebürdet.

17) Die Apotheker sahen sich von einer Menge ihre Freiheit beengenden polizeilichen Maassregeln und mit der Strafe der Beamten bedroht, ohne deren Sicherheit hinsichtlich des Schutzes und des Einkommens zu geniessen.

18) Die Wittwen und Waisen der Apotheker waren von keinem Staate in irgend einer Art sicher gestellt, obschon man die Existenz der Apotheken aufs Spiel gestellt hatte.

19) Selten sahen die Apotheker sich durch irgend welche Beachtungen und Aufmunterungen von Seiten der Behörden in ihren wissen-

schaftlichen Bestrebungen gefördert; nur in Baiern gab es einige rühmliche Ausnahmen.

20) Die Apotheker sahen ihr Einkommen geschmälert durch den befugter oder unbefugter Weise gestatteten Betrieb von Geheimmitteln aller Art und die widersinnigsten Anpreisungen derselben in öffentlichen Blättern.

21) Für wissenschaftlich gebildete aber vermögenslose junge Pharmaceuten wurde fast nirgends durch Anstellungen, in welchen dieselben dem Staate so nützliche Dienste hätten leisten können, von Seiten der Regierung Sorge getragen. Alle derartige Fürsorge war lediglich dem pharmaceutischen Stande selbst überlassen.

22) Die meistens nur aus juristischen und ärztlichen Mitgliedern bestehenden Medicinalcollegien verfahren oft einseitig und ohne gehörige Sachkunde bei der Verleihung von Concessionen, bewiesen nicht immer die von der Humanität gebotenen Rücksichten auf die misslichen pecuniären Verhältnisse einzelner schlecht gestellter Apotheken in kleinen Städten und auf dem Lande.

23) Die Anforderungen und Ansprüche an die Apotheker wurden von Jahr zu Jahr, und das mit Recht, gesteigert, aber die demselben gewährten Rechte sah man häufiger geschmälert und verkümmert, als beachtet und vertreten.

So konnte es nicht fehlen, dass die Apotheker unter dem Druck einer Bevormundung und Bürokratenherrschaft seufzten, und so war es natürlich, dass das Jahr 1848 mit dem Anbruch eines Morgenroths deutscher Freiheit auch von den Apothekern mit Freuden begrüsst wurde, als sich sehnend nach der Befreiung von dem Joche der Knechtschaft, unter dem sie lange Zeit hindurch hatten schwachen müssen. Die Organe der pharmaceutischen Wissenschaft hallten wieder von dem Wunsche nach zeitgemässer Reform. Das Directorium des norddeutschen Apotheker-Vereins, welchem der grösste Theil der Apotheker Preussens, Sachsens, Hannovers, Hessens, Schleswig-Holsteins, Mecklenburgs, Oldenburgs, Sachsen-Weimars, Altenburgs, Coburgs, Meiningens, Braunschweigs, Anhalts, Schwarzburgs, Reuss, Lippes und Schaumburgs, so wie Lübecks in sich vereinigt, zu einem Verbande von 1500 Apothekern, welcher der Hebung der Pharmacie in wissenschaftlicher wie materieller Beziehung gewidmet ist, erkannte, dass es an der Zeit sei, in einem gemeinsamen Congresse der Bevollmächtigten der Standesgenossen aller deutschen Staaten über die nöthige Reform der Pharmacie zu berathen. Dasselbe setzte sich durch seinen Obervorstand in Correspondenz mit den angesehensten Collegen aus allen deutschen Staaten. Fast von allen ward der Vorschlag, im September d. J. in Leipzig einen Reformcongress zu veranstalten, freudig begrüsst und aufgenommen, zahlreiche Theilnahme verheissen, und so erschienen am 12. und 13. September 1848 zu demselben eine grosse Anzahl deutscher Apotheker, welche bevollmächtigt waren für Oesterreich, Preussen, Baiern, Hannover, Sachsen, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, die sächsischen Herzogthümer, Braunschweig, Nassau, Anhalt, Schwarzburg, Reuss, Lippe, Hamburg, Frankfurt, Lübeck und Bremen. Zur Vertretung der III. Gehülphen, welche öffentlich um Bethheiligung am Congresse nachgesucht hatten, waren die III. Meister, Kaiser und Schuncke erschienen, denen die Versammlung bereitwillig die Theilnahme gestattete *). Im Namen und Auftrage des norddeutschen

*) Es muss hier bevorwortet werden, dass der nachstehende Bericht

Apotheker-Vereins begrüsst der Oberdirector dieses Vereins, Medicinalrath Dr. Bley aus Bernburg, die Versammlung mit folgendem Vortrage:

Hochgeehrteste Collegen!

Mit dem Jahre 1848, welches seine Züge unverlöschlich in das grosse Buch der Geschichte der Völker eingraben wird, ist auch für unser grosses und schönes deutsches Vaterland eine neue und grosse Zeit erschienen, indem die Sonne der Freiheit, der geistigen und bürgerlichen Freiheit, aufgegangen ist. In ihrem Glanze ist ein Ziel errungen, dem die Träume unserer Jugend gewidmet waren; es ist ein Gut gewonnen, welches, ungeachtet vielfacher Bestrebungen wahrhaft deutscher Männer, früher in ganzer Ausdehnung fast nirgends zur Geltung gelangen konnte. Dieses geistige Gut der Freiheit in Rede und Schrift, in Versamlungs- und Petitionsrecht, es darf nicht wieder verloren gehen, Niemand soll wagen, es unserm Volke wieder zu rauben. Hierfür leistet sichere Gewähr die Einmüthigkeit und Treue aller Bessern im Vaterlande. Alle wahrhaft Gebildeten begrüssen mit hoher Freude den Sieg der Gerechtigkeit und der Wahrheit. Sie werden kämpfen, dass das volle Licht der Errungenschaft zur Geltung gelange in einer freisinnigen Verfassung, in welcher die Freiheit sich auspräge. Nur in einer solchen können alle Interessen des Staates zur Blüthe kommen, nur in ihrem Lichte vermögen Wissenschaften, Künste und Gewerbe zu gedeihen. Auch unser Stand hat Anspruch auf Mitgenuss der Früchte geistiger und bürgerlicher Freiheit.

Seit langer Zeit hat die Pharmacie unter einer Bevormundung geseufzt, welche ihrer freien Entwicklung wesentliche Hindernisse in den Weg gelegt hat, es war die Bevormundung durch nicht Sachverständige. Pharmaceutische Angelegenheiten wurden fast in allen deutschen Staaten von Collegien beraten, beschlossen und erledigt, bei welchen dem Apotheker selbst entweder gar keine, oder nur eine beratende, keineswegs eine entscheidende Stimme eingeräumt war. Das Directorium des norddeutschen Apotheker-Vereins hat in seiner bekannten Denkschrift: »Ueber den derzeitigen Standpunct und die Verhältnisse der Pharmacie in Deutschland etc. Hannover 1845.« nachgewiesen:

1) Dass die Pharmacie als etwas Selbstständiges angesehen werden muss, da sie wegen des Umfanges von Wissen, den sie selbst verlangt, einerseits nicht mehr als Theil der Medicin betrachtet und nur so nebenbei betrieben werden, andererseits aber ihrer eigenthümlichen Stellung wegen nicht den Handwerken und kaufmännischen Gewerben zugezählt werden kann.

2) Dass nur durch Apotheker die Verwaltung der pharmaceutischen Angelegenheiten von Oben aus zu ihrem eignen und des Ganzen Besten geleitet werden kann.

3) Dass überall, wo bei den Behörden Aerzte als beratende Mitglieder angestellt sind, auch wissenschaftlich und praktisch tüchtig gebildete Apotheker angestellt werden sollten.

getreu den Protocollen entworfen worden ist, dass aber diese nicht allzu ausführlich hatten geliefert werden können, weil die parlamentarischen Verhandlungen, die nicht immer streng bei dem Gegenstande sich hielten, die Protocollführung sehr erschwerte. Berichtigungen werden daher dankend empfangen werden. B.

4) Dass der Apotheker den besondern Schutz des Staats in Anspruch zu nehmen berechtigt ist, und zwar deshalb, weil der Staat viel von ihm fordert, nicht allein in Betreff seiner wissenschaftlichen Ausbildung, sondern auch in Bezug seines ganzen Geschäftsbetriebs.

Obschon diese Denkschrift unmittelbar nach ihrem Erscheinen bei fast allen deutschen Regierungen, namentlich aber derjenigen Staaten, in welchen der norddeutsche Apotheker-Verein sich verbreitet, mit der Bitte eingereicht worden war, den Inhalt bei einer hochnothigen Reform der Pharmacie zu berücksichtigen, obschon die Wichtigkeit ihres Inhalts von mehreren dieser Regierungen gebührend anerkannt worden war, so hat dennoch das Resultat einer günstigen Umgestaltung der pharmaceutischen Verhältnisse bis dahin noch auf sich warten lassen. Wir können diese bekagenswerthe Nichtbeachtung einem andern Zustande nicht zuschreiben, als dass entweder die Berathung und Beschlussnahme der gedachten Angelegenheiten wiederum nur Aerzten und Juristen anheimgegeben war, oder dass den Regierungen der geeignete Zeitpunkt noch nicht erschienen, eine vorgeschlagene Umgestaltung herbeizuführen.

Gleichwohl darf nicht verkannt werden, dass durch die Denkschrift manches Gute gewirkt worden ist, wohin namentlich gehört die mildere Praxis, welche in der Concessionsfrage preussischer Apotheker vom Ministerium herbeigeführt ist, sodann aber vorzüglich das verstärkte Bewusstsein, welches unter den Apothekern sich geltend gemacht hat über die Wichtigkeit der Vertretung ihrer Angelegenheiten durch sachkundige Fachgenossen, von der jetzt alle Apotheker unsers grossen schönen deutschen Vaterlandes durchdrungen sind, und in deren Ausführung sie allein das vorzüglichste Heilmittel erblicken, welches der Pharmacie zu Theil werden kann.

Das Jahr 1848 hat in seiner praktischen Neugestaltung der Verfassungs-Angelegenheiten Deutschlands auch die Hoffnung unserer Landesgenossen verstärkt nach einer endlichen glücklichen Reform. Alle deutschen Collegen in Oesterreich, Preussen, Baiern, Württemberg, Sachsen, Hannover, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg, dem sächsischen Grossherzogthume und Herzogthümern, Braunschweig, Nassau, Anhalt, Lippe, Schwarzburg, Reuss, Schaumburg und den freien Städten theilen gleichzeitig den Wunsch der Herbeiführung einer gerechten und billigen Umgestaltung der pharmaceutischen Verhältnisse. Von allen Seiten her sind dem Directorium Aufforderungen zugekommen, einen Congress deutscher Apotheker einzuleiten zur Berathung über die wichtigsten Angelegenheiten der Pharmacie, so aus Baden, Hessen, Rheinbaiern, Oesterreich und allen Kreisen unsers weit ausgebreiteten Vereins.

Das Directorium unsers Vereins, welches die Wichtigkeit der Reform der pharmaceutischen Angelegenheiten nie aus den Augen verloren, hatte gleich im Anfang des Umschwungs der deutschen Verfassungs-Verhältnisse die Zeit erkannt, aufs Neue kräftig für die Umgestaltung der Apotheker-Angelegenheit zu wirken, und ist deshalb bemüht gewesen, in allen seinen Kreisen Berathungen anzuregen, um die Ergebnisse derselben bei seiner Beschlussnahme zu Grunde zu legen. Auch über den Verein hinaus sind unsere geehrten Collegen im grossen Gesamtvaterlande zu solchen aufgefordert worden. Nachdem so die Vorbereitungen eingeleitet worden, hat das Directorium nicht unerwogen lassen können, dass es in manchen deutschen Staaten noch nicht volle Zeit sei, die Reform als nahe bevorstehend zu

betrachten, wie in Sachsen, Hannover und einigen andern Ländern, wo vielleicht erst der zweite oder dritte Landtag sich mit dieser wird beschäftigen können; aber in Betracht dessen, dass ihre schleunige Erledigung von mehreren Regierungen als dringend anerkannt worden, wie in Oesterreich, Preussen und manchen kleinen Staaten, z. B. Anhalt, in Erwägung, dass das preussische Ministerium der Medicinal-Angelegenheiten öffentliche Aufforderungen erlassen hat zu Eingaben über die künftige Gestaltung des Medicinalwesens, mit der Erklärung, dass diese bis zum 1. October d. J. einzureichen, haben wir geglaubt, eine Zusammenberufung der Apotheker nicht länger beanstanden zu können, und so haben wir die Aufforderung zu diesem Congress erlassen. Mit Freude sehen wir heute die Repräsentanten der Pharmacie so vieler deutschen Staaten hier versammelt zur Berathung der wichtigsten Verhältnisse, welche unser Fach, unsern Stand berühren. Im Namen der grossen Gesammtheit deutscher Apotheker, welche unsern norddeutschen Apotheker-Verein bilden, heisse ich Sie, verehrteste Collegen, herzlich willkommen, und spreche den Wunsch aus, dass es unsern einmüthigen Berathungen gelingen möge, Würdiges und Nützlichendes zu erstreben. Es kann dieses nur gelingen, wenn wir uns nicht von Sonderinteressen eines Vereins leiten lassen, sondern das fest im Auge behalten, was dem ganzen deutschen Apothekerstande Noth thut und ihm zur gedeihlichen Entwicklung seiner Gesamtinteressen erspriesslich werden kann.

Eine feste Vereinigung aller deutschen Pharmaceuten ist wünschenswerth! Von dieser Stelle aus habe ich einer solchen schon vor acht Jahren das Wort geredet, als wir uns hier versammelt hatten zur Feier der A. v. Humboldt'schen Generalversammlung am 9. September 1840, nachdem ich bereits im Jahre 1839, bei Gelegenheit der Generalversammlung in Pyrmont, in einem darauf bezüglichen Vortrage, auf einen Vorschlag des ehrenwerthen Herrn Collegen Zeller in Nagold eingehend, das nähere Anschliessen aller deutschen Pharmaceuten als wünschenswerth hervorgehoben hatte. Mehr als je ist die Erfüllung dieses Wunsches noch heute an der Zeit. Diese Vereinigung muss jedoch das Werk freier Entschliessung sein, nach wohlüberdachter Erwägung aller Verhältnisse in wissenschaftlicher wie praktischer Beziehung. In ersterer Beziehung bedarf es vor Allem der Uebereinkunft der Redactionen der vaterländischen Zeitschriften für Pharmacie, und hier müssen erst die Grundsätze gefunden werden, nach welchen eine Uebereinkunft getroffen werden könnte. Was die letzte in praktischer Beziehung anlangt, so ist sie es vorzüglich, welche uns heute hier zusammenführt und zu deren Erwägung wir jetzt schreiten wollen, indem wir die Berathungen beginnen über das Wichtigste, was der Gesammtpharmaeie Deutschlands nützlich werden kann.

So lassen Sie bei dieser Berathung den Geist der Eintracht, der Uebereinstimmung walten, auf dass wir ein lang erschnittes Ziel erreichen, aus welchem Segnungen für Mit- und Nachwelt hervorgehen mögen.

Dr. Bley hat um Aufmerksamkeit zur Vernehmung eines Vortrags von Dr. Geffcken in Lübeck, welcher einem grossen Todten, um dessen jüngst eingetretenen Verlust die Wissenschaft traure, seinem Lehrer Jacob Berzelius, der ja auch der Lehrer aller Pharmaceuten sei, ein Opfer der Dankbarkeit widmen und so unserm

Congress eine schöne Weihe geben wolle. Dr. Geffcken hielt nun den unter den Beilagen mitgetheilten Vortrag, und machte darin den Vorschlag, von Seiten des deutschen Apothekercongresses einen Eichenkranz aus Silber fertigen, mit den Namen der Unterzeichner versehen und diesen der Akademie der Wissenschaften in Stockholm als ein Zeichen dankbarer Erinnerung an Berzelius zu übergeben, damit diese ihn da niederlege, wo sie solches Zeichen am passendsten halten würde. Der Vorschlag fand bei allen denen, welche die Bedeutung eines solchen Actes zu würdigen verstanden, Beifall, und eine bereit gehaltene Subscription fand zahlreiche Theilnahme.

Es wurde zuvörderst zur Wahl des Präsidenten, zweier Vicepräsidenten und dreier Schriftführer geschritten. Mittelst Stimmzettel wurden der Apotheker Medicinalrath Dr. L. F. Bley aus Bernburg zum Präsidenten, der Apotheker Dr. Lucanus aus Halberstadt zum ersten und der Hofrath und Professor Dr. Wackenroder aus Jena zum zweiten Vicepräsidenten, und durch Acclamation der K. K. Militair-Apotheken Beamter Abl aus Wien, der Apotheker Dr. Riegel aus Carlsruhe und der Apotheker Faber aus Minden zu Schriftführern erwählt.

Demnächst ward die vorläufig entworfene, gedruckte, unten folgende Geschäftsordnung berathen und mit einigen Abänderungen angenommen. Dieselbe lautet nun also:

Geschäftsordnung für den Congress deutscher Apotheker in Leipzig.

§. 1.

Der Gang der Verhandlung hat sich genau an die angenommene Tagesordnung zu halten, so dass neue Berathungsgegenstände nur erst nach Erledigung dieser letztern zur Besprechung gelangen können. Hiervon sind jedoch Amendements und solche Anträge ausgenommen, welche in unmittelbarer Beziehung zu dem in Verhandlung begriffenen Punkte der Tagesordnung stehen.

§. 2.

Niemand darf über denselben Gegenstand öfter als dreimal sprechen; eine Ausnahme hievon findet nur dann statt, wenn es sich um Berichtigung einer Thatsache handelt. In diesem Fall ist auch die Ertheilung des Worts mit Unterbrechung der Reihenfolge der bereits angemeldeten Sprecher zulässig.

§. 3.

Der Beginn der Sitzung erfolgt spätestens eine Viertelstunde nach dem für dieselbe festgesetzten Zeitpunkt. Ihre Dauer hängt von der Zahl und dem Umfang der vorliegenden Gegenstände ab.

§. 4.

Bei den Berathungen hat sich der Sprechende, nachdem ihm, wo dies der Ordnung wegen nöthig, das Wort ertheilt worden ist, von seinem Platz zu erheben, seine Worte nur an den Vorstand, nicht aber an einzelne Mitglieder zu richten, sich auf den zu verhandelnden Gegenstand zu beschränken und jeder Fragstellung zu enthalten. Ebenso ist jedes gleichzeitige Sprechen, jede Privatdiscussion und jede Unterbrechung des Sprechenden sorgfältig zu vermeiden.

§. 5.

Zu haltende Vorträge sind vorher dem Vorstand anzumelden, welcher sodann den ihm für dieselben geeignet scheinenden Zeitpunkt bestimmt und zu dem Aufhören auffordert.

§. 6.

Anträge einzelner Mitglieder können erst dann zu Berathung gelangen, wenn sie durch drei Anwesende unterstützt worden sind. Dasselbe gilt von durch Abwesende schriftlich gestellten Anträgen.

§. 7.

Anträge auf Schluss einer Berathung müssen von sechs der Anwesenden unterstützt werden, bevor sie zur Abstimmung gelangen; stimmt sodann die Hälfte der Anwesenden für den Schluss, so wird derselbe vom Vorstand ohne weitere Berücksichtigung des einem oder mehreren Mitgliedern noch ertheilten Wortes ausgesprochen, worauf alle weitem Anträge, Reden und Berathungen über diesen Gegenstand unstatthaft sind.

§. 8.

Einmal von der Versammlung abgeworfene Anträge können nicht von Neuem gestellt werden, sobald der Antragsteller nicht durch einen neuen Unterstützungsgrund motivirt und 24 Mitglieder den Antrag unterstützen.

§. 9.

Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist allemal absolute Stimmenmehrheit erforderlich, wobei, insoweit nicht, wie namentlich bei Wahlen, schriftlich abgestimmt wird, die Sitzbleibenden sich bejahend, die Aufstehenden verneinend aussprechen. Dagegen erfolgt die Unterstützung eines Antrags durch Aufstehen.

§. 10.

Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende die entscheidende Stimme.

§. 11.

Im Protocoll wird die zur Abstimmung gebrachte Frage und die Zahl der Stimmen dafür und dawider aufgezeichnet, bei den Wahlen jedoch nur das Resultat der Abstimmung ohne weitere Angabe des Stimmverhältnisses zu Protocoll genommen.

§. 12.

Jeder Abstimmende hat das Recht, zu verlangen, dass seine Abstimmung im Protocoll namentlich aufgeführt werde.

Der Vorsitzende empfahl nun, bei den eigentlichen Hauptverhandlungen sich an das Programm, welches im August-Hefte des Archivs abgedruckt ist, von §. 7. an zu halten, in welchem nach sorgfältiger Prüfung alle diejenigen Punkte sich verzeichnet fänden, welche für die Reform der pharmaceutischen Angelegenheiten die wichtigsten sein dürften.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Der Präsident Dr. Bley trug den 1sten Hauptparagraph vor, welcher also lautet:

1) Vertretung der Pharmacie in allen Behörden, wo Medicinal-Angelegenheiten berathen und geprüft und darüber Beschlüsse gefasst werden. Es ist dabei vorzüglich ins Auge zu fassen, dass das Haupthinderniss der Entwicklung der praktischen Pharmacie, die Unkenntniss pharmaceutischer Verhältnisse, bei den Medicinalbehörden angesehen werden müsse, da diese bisher meistentheils nur aus Juristen und Aerzten bestanden. Diesem für die Pharmacie ungünstigen Umstande kann und muss abgeholfen werden

- a) durch Anstellung praktischer Pharmaceuten überall da, wo Medicinal-Angelegenheiten verhandelt werden, und ferner
- b) durch begutachtende Vereine der übrigen Apotheker.

Dr. Winckler aus Darmstadt sprach über die Wichtigkeit der Vertretung der Pharmacie, insonderheit für ihre wissenschaftliche Entwicklung, und empfahl die Beschränkung der gewerblichen Interessen.

Dr. Lucanus beleuchtete in einem ausführlichen Vortrage die Verhältnisse der Apotheker zum Staate, zu dem Volke und zu den Aerzten, bemerkte, dass die Apotheker die volle Last und Verantwortlichkeit der Staatsbeamten trügen, nicht aber deren Vortheile, Gehalt und Pension, genössen, wobei sie in Betreff der Sicherung ihrer bürgerlichen Existenz ganz allein auf den so vielen Beschränkungen unterworfenen Kunstgewerbsbetrieb angewiesen seien, und fand für nothwendig, dass die Pharmacie in ihrer Eigenthümlichkeit anerkannt und geschützt und nach allen Richtungen hin durch Fachgenossen vertreten werde.

Dr. Bley stimmte dem Redner bei und wies darauf hin, dass dieses alles schon in der Denkschrift des Directoriums des Apotheker-Vereins klar und ausführlich erörtert sei.

Reinige aus Gefell bemerkte, dass ein Antrag auf Ordnung der pharmaceutischen Verhältnisse aus dem Kreise Ziegenrück an die deutsche Nationalversammlung gelangt sei.

Freund aus Königsberg in Preussen sprach in ähnlicher Weise, hob jedoch besonders hervor, dass die Idee der freien Concurrenz ins Gebiet der Ideale gehöre, und machte auf das Nachtheilige aufmerksam, welches aus der Ausführung solcher Vorschläge hervorgehen würde, welche den Apotheker zum Staatsbeamten machen wollten.

Abl stimmte gegen die freie Concurrenz und berichtigte die irrigen Aussprüche des Herrn Freund über die Staatsinstitute. (Beifall!)

Bley warnte vor nicht zeitgemässen Abschweifungen von der angeregten Frage und wünschte, dass die Verhandlung auf Fragen der Vertretung der Pharmacie zurückgeführt werde.

Walz aus Speyer trug auf Absendung einer Petition an die Nationalversammlung an, damit die Apotheker nicht zu spät kommen möchten.

Winckler aus Darmstadt wünschte, dass die Mitglieder dieser Deputation baldigst erwählt werden möchten.

Bley trug auf Einhaltung der Tagesordnung an. Auf Anfrage des Präsidenten entschied sich die Versammlung nach dem Antrage des Dr. Winckler für die Wahl einer Commission zur Entwerfung einer Petition an das Reichsparlament.

Auf Freund's und Winckler's Anfrage erklärte sich die Versammlung für Einreichung einer Petition mit den allgemeinen Anträgen an die Reichsversammlung in Frankfurt, mit den speciellen an die Regierungsbehörden der einzelnen Staaten und deren landständische Cammern.

Professor Dr. Schnitzlein aus Erlangen und Dr. Walz aus Speyer unterstützten diese Ansicht.

Professor Dr. Ehrmann aus Ollmütz erklärte, dass die österreichischen Apotheker in Wien eine Versammlung halten würden, um die Resultate dieser Versammlung zu benutzen und weiter in Anwendung zu bringen.

Bley machte darauf aufmerksam, dass bei der Petition vorzugsweise in Betracht kommen müssten:

- 1) der wissenschaftliche Standpunct; 2) das materielle Interesse;
- 3) die Rücksicht auf Staat und Publicum.

Walz stellte den Antrag, dass in der Petition nach Frankfurt

besonders auch die Stellung der Pharmacie zur Sprache gebracht werde.

Ehrmann hob hervor, dass die Stellung des Verhältnisses der Ausbildung in Betracht kommen müsse und übergibt seine Ideen der Reform der Pharmacie mit der Bitte, sie bei Abfassung der beschlossenen Petition an die Nationalversammlung in Frankfurt, so wie bei den Eingaben an die betreffenden Regierungen und Landtagsversammlungen gefälligst zu berücksichtigen.

Lucanus versuchte die bis jetzt erwähnten Punkte zusammenzufassen, indem er darauf hinwies, dass die Pharmacie als etwas Eigenthümliches erfasst werden müsse.

Bley stellte die Frage: 1) Soll als oberster Grundsatz aufgestellt werden gänzliche Trennung der Pharmacie vom Gewerbestande?

Mit allgemeiner Majorität angenommen.

2) Wünscht die Versammlung, dass die Pharmacie überall dort vertreten werde, wo die Medicin bisher vertreten war und späterhin vertreten sein wird?

Mit grosser Majorität angenommen.

Ehrmann äusserte sich, dass die Vertretung der Pharmacie durch Apothekenbesitzer wohl in einer Hinsicht gerechtfertigt sei, dass es aber bei Einführung von Kreischemikern auch darauf ankomme, dass dieselben eine unabhängige Stellung einnehmen, somit jeder Conflict vermieden werde, welcher zwischen dem Apothekerstande und jenem eines öffentlichen Beamten unvermeidlich eintrete, aber auch der Zweck in anderer Beziehung erreicht werden könne, wenn man den Pharmaceuten Gelegenheit geben würde, eine höhere Stellung einzunehmen, in welcher Hinsicht er seine gedruckten Erörterungen übergab, in welchen von der Stellung der Kreischemiker die Rede ist.

3te Frage: Soll die Vertretung der Pharmacie aus freier Wahl erfolgen?

Mit grosser Majorität bejahend angenommen.

Lucanus gab zu erwägen, ob nur besitzfähige Apotheker als Wähler und wahlfähig anerkannt werden sollten?

Meister dagegen wollte, dass bei der Vertretung der Pharmacie nicht nur der besitzende oder der administrirende Apotheker bedacht werden solle, sondern jeder Approbirte, mithin müsse jeder Approbirte stimm- und wahlfähig sein.

Bley stellte die Frage: Soll das active Wahlrecht den approbirten Gehülften zustehen?

Lucanus stellte die Abänderungsfrage: 1) Soll in allen Fällen, wo es sich um wissenschaftliche Interessen der Pharmacie handelt, den approbirten Gehülften eine Stimme eingeräumt werden?

Die Majorität entschied darüber mit Ja.

2) Soll in allen Fällen, wo es sich um die gewerblichen und politischen Verhältnisse der Apotheker handelt, den approbirten Gehülften eine Stimme eingeräumt werden?

Die Majorität der Versammlung sprach sich für die Verneinung dieser Frage aus.

Zur Frage über die Anstellung praktischer Pharmaceuten überall da, wo über Medicinal-Angelegenheiten entschieden wird.

Durch begutachtende Vereine der übrigen Apotheker nach dem Vorschlage des Dr. Bley in seinem Entwurfe einer Apothekerordnung, welche vom Verfasser kurz auseinandergesetzt wurde.

Die Versammlung entschied sich dahin, dass eine auf gedachte

Weise gebildete Medicinal-Verwaltung, d. h. aus Aerzten, praktischen Apothekern und Thierärzten unter Beirath eines Juristen, welcher letztere nur das Formelle, nicht das Wesentliche zu begutachten haben soll, die Verfassung und Verwaltung der Medicinal-Angelegenheiten ordnen müsse. Aufgabe derselben müsse es sein, die Anforderungen, welche an den Apotheker zu stellen, so wie die Gewährungen des Staats für die geforderten Leistungen festzusetzen. Als solche wurden erachtet: Ausbildung der Apotheker, Vorbildung und Lehrzeit.

Bley erklärte sich für nicht zu enge Grenzen in der Vorbildung, empfahl die Feststellung, dass die vollkommene Reife in der zweiten zum Uebergange in die erste Classe eines Gymnasiums oder die volle Reife in der ersten Classe eines Real-Gymnasii angenommen werden möge.

Schacht führte die in Preussen gesetzlichen Bestimmungen darüber an, und Bley machte noch darauf aufmerksam, dass man jetzt allerdings deshalb keine ganz sichere Bestimmungen treffen könne, weil die Schulen selbst noch einer Reform unterliegen würden.

Abl wies, was die Reform der Gymnasien betrifft, auf die Anstalten eines Landes hin, welches bald durch seine Denkschriften für Einführung der naturhistorischen Vorbildung in die Gymnasien nicht für Deutschland, sondern für ganz Europa maassgebend sein würde, nämlich des Königreichs Sachsen, und rücksichtlich der Denkschriften auf die des Hofraths Reichenbach und Dr. Richter vom Jahre 1847, und erklärte es für eine Pflicht der Versammlung, die Ministerien aller deutschen Länder darauf aufmerksam zu machen.

Walz berührte die Missbräuche, welche bei Aufnahme der Lehrlinge mit zu geringer Vorbildung vorkommen, und machte auf deren Abhülfe aufmerksam durch sichere, die Pharmacie auch in äusserm Ansehen hebende Bestimmungen.

Riegel wünschte Zeugnisse nach bestimmtem Maassstabe für die Aufnahme.

Winckler glaubte, dass im Allgemeinen die Erwerbung des Maturitäts-Zeugnisses wünschenswerth sein möchte.

Einige machten dagegen die Einwendungen, dass es dann schwer halten würde, Lehrlinge zu finden.

Wüth aus Wien gab Mittheilungen über die Einrichtung der österreichischen Gymnasien und theilte die Beschlüsse der österreichischen Collegien mit.

Keiser aus Dresden wies auf das verschiedene Maass der Wissenschaft auf den verschiedenen Bildungs-Anstalten hin und will — Verständniss eines leichten lateinischen Autors sei hinlänglich — erklärt wissen.

Geiseler wollte das Maass der Kenntnisse eines angehenden Lehrlings von den Universitäten festgestellt wissen, wogegen die Versammlung sich verwahrte.

Abl verlangte ausser der wissenschaftlichen Vorbildung noch eine sittliche und physische Befähigung, worin ihm die Versammlung beipflichtete.

Henny wollte von keinem festen Beschlusse wissen und verlangt Hinstellung allgemeiner Grundsätze.

Geiseler verwahrte sich vor dem ihm von Abl gemachten Vorwurfe der Anticipation und sucht seine Ansicht zu rechtfertigen, welche dahin gehe, den äussern Standpunct der Pharmaceuten zu heben und so mit den Aerzten auf gleiche Stufe wissenschaftlicher Ausbildung zu stellen.

Abl replicirte auf Obiges und will sich an die Sache halten, dass man besonders den praktischen Gesichtspunct festhalten möge.

Wege aus Neustädte! wünschte, dass man die Beurtheilung der genügenden Vorkenntnisse den Kreis-Apothekern überlassen solle.

Keiser erklärte, er gehöre zu denen, welche die möglichst grosse Vorbildung wünschen, glaubt aber, dass die Ansprüche mit den einstigen Vortheilen im Einklange stehen müssen.

Walz überliess die Beurtheilung der jedesmaligen Verhältnisse einer Commission aus Männern von Fach.

Lindner aus Weissenfels verlangte eine bessere Vorbildung der Lehrlinge wie bisher.

Roth aus Augsburg wollte, dass man die Beurtheilung den Behörden überlassen möge.

Abl erklärte, man müsse den alten Bau niederreißen und einen gediegenern aufrichten. Dieses müsste aber durch die Apotheker selbst geschehen: denn die bisherigen Behörden hätten sich dazu unfähig gezeigt.

Winckler wünschte, die Versammlung möge dahin Sorge tragen, dass in den einzelnen Staaten dahin gewirkt würde, Prüfungsbehörden einzusetzen, welche die angehenden Lehrlinge zu prüfen hätten.

Bley stellte Fragen zur Entscheidung.

Ehrmann wollte die Frage dahin gerichtet wissen, dass, wenn es sich darum handelt, dass bloss ausübende Apotheker gebildet werden sollen, eine mindere Ausbildung genüge; wenn es sich aber darum handelt, dass Pharmaceuten als Staatsbeamte für Medicinal-Collegien und Professoren der Pharmacie erzielt werden sollen, eine höhere Anforderung zu stellen wäre.

Freund erklärte den Ausdruck Medicinal-Collegium für nicht gut bezeichnend und wollte dafür eine Commission gebildet wissen aus Apothekern und Aerzten.

Lucanus sprach sich über die Bezeichnung Medicinal-Collegium aus und die den Apothekern darin anzuweisende Stellung.

Bley. Soll die Prüfung der Vorbildung eines Apotheker-Lehrlings den Medicinal-Behörden überlassen bleiben?

Majorität: Ja!

Bley. Soll für die Lehrzeit der Lehrlinge drei Jahre mindestens, vier Jahre höchstens festgestellt werden?

Winckler ist gegen solche Bestimmung.

Bley. Das Minimum muss drei Jahre sein; wer im vierten Jahre nichts gelernt hat, lernt auch in acht Jahren nichts.

Freund befürwortete eine Lehrlingszeit von unbedingt vier Jahren zu Gunsten einer bessern praktischen Ausbildung.

Sedlaczek klagte über den Mangel an guten Gehülfen im Oesterreichischen und findet den Grund dazu in schlechter früherer Ausbildung.

Schlienkamp erklärte sich für eine Lehrzeit von 3½ Jahren.

Schacht glaubte, dass eine dreijährige Lehrzeit genügen werde und meint, wer nicht zum Apotheker befähigt sei, lerne doch nichts, selbst bei guter Gelegenheit; wer weiter wolle, breche sich auch unter ungünstigen Umständen Bahn.

Lucanus erklärte, es fürchten sich viele vor der langen Dauer der Lehrzeit; daher der Mangel an Lehrlingen und Gehülfen. Beantwagt drei Jahre.

Bley. Es kommt nicht darauf an, wie lange der Lehrling lernt, sondern wie viel er lernt. (Allgemeiner Beifall.)

Oberdörffer gab ein Bild von dem Modus der hamburgischen Prüfungs-Commission und empfahl denselben unter Hinweisung auf den gedruckten Entwurf einer hamburgischen Apotheker-Ordnung. (S. Beilage.)

Gruner befürwortete eine dreijährige Lehrzeit, glaubte jedoch die längste Dauer nicht festsetzen zu können.

Bley wiederholte die Frage: Soll ein Minimum der Lehrzeit von drei Jahren festgestellt werden?

Majorität: Ja!

Soll ein Maximum festgestellt werden?

Majorität: Nein!

Nach Feststellung der Lehrzeit geht man zur Erörterung über die Conditionszeit der Gehülfen über.

Bley glaubte die gesetzliche Conditionszeit der Gehülfen auf vier Jahre feststellen zu müssen.

Lucanus wollte für Lehr- und Servirzeit zusammen einen Zeitraum von sieben Jahren festgestellt wissen.

Bley erklärte, dass die Frage der Lehrzeit schon festgestellt sei.

Würth. Im Oesterreichischen ist die Servirzeit auf zwei Jahre festgesetzt.

Bley hielt diesen Zeitraum für einen zu kurzen; denn es handle sich um Sicherheit in der Theorie und Praxis und deren Feld sei ein weites für einen Apotheker jetziger Zeit.

Walz war für die Feststellung auf vier Jahre.

Winckler sprach nochmals für die Ansicht, dass man eine Gesamtzeit von sieben Jahren festhalten möge.

Freund war gegen den Vorschlag, indem ein Jüngling, welcher länger in der Lehre zu bleiben genöthigt wäre, aus gleichen Gründen auch vier Jahre conditioniren müsse.

Biell aus Berlin sprach den Wunsch aus der Feststellung: dass jeder Gehülfe mindestens ein Jahr als Defectarius müsse gearbeitet haben, um Garantie für die Fähigkeit der Besorgung des Laboratoriums zu gewinnen.

Der Schluss ward verlangt.

Bley wiederholte die Frage: Soll die Conditionszeit der Gehülfen auf vier Jahre im Minimum festgesetzt werden?

Majorität: Ja!

Man ging an die Beleuchtung der Frage über die Studienzeit.

Bley verlangte die Bestimmung einer Studienzeit für die Apotheker und weist darauf hin, dass eine solche Forderung unerlässlich sei, wenn man die Pharmacie über den blossen gewerblichen Standpunct heben wolle.

Walz fand dieses bedenklich und hält es für besser, erst dann in dieser Beziehung einen Zwang eintreten zu lassen, wenn die Pharmacie an den Universitäten besser vertreten ist.

Bley wollte, dass die Versammlung sich für Reform der Universitäten in Rücksicht auf die Fürsorge für Pharmaceuten erkläre.

Schacht hielt es nicht für nöthig einen Studienzwang eintreten zu lassen, indem er der Meinung ist, dass man dabei das Studium frei lassen müsse.

Wege aus Neustädte! spricht in demselben Sinne.

Würth sprach für pharmaceutische Studien und führte dabei die neuesten österreichischen Bestimmungen an, nach welchen eine mindestens zweijährige Studienzeit angeordnet ist.

Keiser meinte, man verlange zu viel, wenn man von jedem Gehülfen ein Universitätsstudium fordere. Es fehlten Vielen die Mittel und die nachherige Stellung stehe damit im Widerspruch.

Herzog redete über Verhältnisse der Gehülfen im Vaterlande und glaubt, dass vieles Bestehende nicht mehr an der Zeit sei.

Abl ergriff das Wort für die Gehülfen.

Oswald beantragte die Zuziehung der Gehülfen bei wissenschaftlichen Berathungen.

Gruner wollte dafür stimmen, dass ein Minimum von einem Jahre für die Universitätszeit bestimmt werde und wünschte Gleichstellung der Universitäts-Studien mit den pharmaceutischen Instituten.

Bley trat dem bei.

Bley stellte die Frage: Soll eine Studienzeit gesetzlich gefordert werden?

Nachdem das Resultat der Antwort durch Aufstehen und Sitzenbleiben zweifelhaft erschien, ward die Gegenprobe vorgenommen. Durch die Majorität ward die Frage: Soll eine Studienzeit gesetzlich gefordert werden? verneint.

Lucanus beantragte, dass man die Studien der Gehülfen erleichtern möge durch alle möglichen Mittel, Theilnahme an Unterstützung durch Staats-Stipendien etc. (Beifall.)

Bley wies darauf hin, dass Dr. Geiseler schon vor Jahren solcher Fürsorge warm das Wort geredet habe.

Geiseler glaubte, dass diejenigen, welche keine Studienzeit gefordert wissen wollen, den Apothekerstand zum Handwerk machen, und beantragt eine Protest-Vereinigung.

Eine solche Protestation der Minorität kam zu Stande. (S. Beilage.)

Bley lenkte jetzt die Debatte auf die Staatsprüfung und sprach die Hoffnung aus, dass künftig die Regierungen auch den Pharmaceuten Stipendien nicht vorenthalten würden, was aber freilich nur dann der Fall sein werde, wenn man Studien gesetzlich fordere und möglichst grösste Vorbildung der Apotheker.

Hahn meinte, dass die Versprechungen nicht zum Ziele führen dürften, sondern dass man sich für die studirenden Pharmaceuten verwenden müsse.

Die Versammlung erklärte sich darüber beifällig.

Bley erklärte, dass die Prüfungen dreifache, schriftliche, mündliche und praktische sein müssen.

Schacht wünschte Abstimmung über einen Vorschlag des Collegen Blell über den Zwang des Arbeitens im Laboratorium.

Bley forderte Blell auf, diesen Antrag näher zu begründen.

Blell erklärte die Wichtigkeit seines Vorschlags.

Walz wollte tüchtige Prüfungs-Commissionen, aber keinen Zwang.

Mehrere Stimmen trugen auf Abstimmung an.

Bley stellte auf Blells Antrag die Frage: Soll den Gehülfen zur Bedingung gemacht werden, wenigstens ein Jahr im Laboratorium gearbeitet zu haben, ehe sie zur Prüfung gelassen werden?

Majorität: Nein!

Lucanus war der Ansicht, dass über die Specialia der Prüfung noch nicht geurtheilt werden könne und nur die definitive Feststellung der theoretischen und praktischen Ausbildung zu verlangen sei.

Schacht führte einige Data aus Apotheken-Revisionen an, um dadurch die Nothwendigkeit der Gehülfen-Prüfungen bei den Revisionen zu rechtfertigen, und knüpfte daran eine Kritik des jetzigen Verfahrens bei den Staatsprüfungen der Apotheker.

Abl wollte eine weitere Grenze der Befähigung der Pharmaceuten zur Erlangung der Approbation und verwirft die von Schacht auf-

gestellte Parallele zwischen Apotheker und Buchhändler durch treffende Beispiele.

Herzog wünschte Gleichheit der Bestimmungen über das Examen der Gehülfen durch ganz Deutschland.

Walz stellte die Nothwendigkeit der Prüfung der Gehülfen und Lehrlinge bei den Revisionen in helles Licht.

Lucanus setzte auseinander, wie es sowohl im Interesse des Staates, der Apothekenbesitzer, wie der Gehülfen liege, diesen dadurch eine bedeutungsvollere Stellung zu geben, dass man sie verantwortlich für ihr eigenes Thun mache. Er stellte die Frage: Ob die Gehülfen für das, was sie thun, verantwortlich gemacht werden sollen?

Majorität: Ja!

Man schritt zur Wahl der Commission, welche die Entwerfung der Adresse für den Reichstag an das National-Parlament nach Frankfurt zu verfassen hat, und mit Stimmenmehrheit wurden gewählt: Lucanus, Bley, Winckler, Walz, Abl, Schacht, welche gleich Abends deshalb eine Separatsitzung hielten.

Walz stellte den Antrag, sämtliche Apotheker Süddeutschlands mögen einen Apotheker-Verein bilden, der sich dem norddeutschen Apotheker-Vereine anschliesse.

Abl entwarf einen Plan, wodurch der bereits seit 1820 bestehende norddeutsche Apotheker-Verein zerfalle in das nördliche, nordöstliche und in das nordwestliche Vicedirectoriat mit seinem Oberdirector, der südliche in das südliche, südöstliche und südwestliche Vicedirectorium mit einem Oberdirector.

Darauf fanden die Wahlen der Berathungs-Commission statt zur Ausarbeitung der Hauptprincipien und es wurden von den anwesenden Apothekern aus Süddeutschland durch Stimmenmehrheit gewählt: Prof. Dr. Ehrmann, Dr. Walz, Abl, Prof. Dr. Schnitzlein aus Erlangen, Dr. Winckler, Prof. Dr. Posselt aus Heidelberg, Riegel zugleich Schriftführer. Die erste Hauptsitzung ward nach 3 Uhr Nachmittags geschlossen und eine berathende Conferenz auf den Abend angesetzt. Diese gewählten Commissarien hielten sodann die Separat-Berathungen, an welchen der Oberdirector Dr. Bley und späterhin die Directoren des Apotheker-Vereins in Norddeutschland, Dr. Herzog aus Braunschweig, Med.-Assessor Overbeck, Dr. Geiseler und Colledge Faber sich betheiligten.

Zweite Hauptsitzung am 13. Septbr. 1848 Morgens 8 Uhr.

Der Präsident des Congresses, Dr. Bley, eröffnete gleich nach 8 Uhr die Versammlung und ermahnte zur Einheit in den Beschlüssen und zu parlamentarischer Ordnung, um baldigst zum würdigen Ziele zu gelangen.

Ricker trug, bevor die Tagesordnung festgestellt werde, auf Verlesung des Protocolls der gestrigen Sitzung an.

Abl verlas das Protocoll und zeigte die eingegangenen Anträge an.

Walz bemerkte zum Protocoll, dass er nicht die Absendung eines Deputirten zur National-Versammlung in Frankfurt beantragt habe, sondern die Uebergabe einer Petition eventualiter durch eine Deputation.

Reinige wollte zum Protocoll erklären, dass die besagte Petition aus dem Kreise Ziegenrück bereits eingereicht sei, was schon erwähnt sich findet.

Winckler erklärte zum Protocoll: Das Maturitätszeugniss darf

nicht als Maassstab gelten — wünschenswerth wäre jedoch, wenn solches erlangt sei.

Schacht wünschte zum Protocoll erklärt zu wissen, dass eine dreijährige Lehrzeit genügend; wer $3\frac{1}{2}$ Jahre gelernt hat, wird fehlende längere Lehrzeit eines halben Jahres leicht durch eine bessere erlangte Schulbildung wieder einbringen.

Gruner zum Protocoll: Das Minimum einer Studienzeit von einem Jahre habe er in der Voraussetzung beantragt, dass der Aufenthalt auf einem pharmaceutischen Institute dem betreffenden Individuum zu Gute kommen solle.

Freund zum Protocoll: Der Besuch einer Universität scheint wünschenswerth.

Geiseler erklärte, dass der Protest zur Unterschrift vorliege.

Walz trug auf eine Redactions-Commission für das Protocoll an und sprach für regelmässiges Verhandeln der Programms-Vorschläge. Walz rechtfertigte seine Bemerkungen.

Riegel suchte die geäusserten Ansichten zu vermitteln.

Ahl erklärte, dass es schwer sei, bei parlamentarischen Verhandlungen ohne Stenographen ganz wortgetreue Protocolle zu führen.

Freund machte auf mehrere Mängel aufmerksam und wollte, dass man vom Platze aus nur reden dürfe, was die Versammlung nicht zugab, da sie bestimmt hatte, dass von der Tribüne geredet werden solle.

Bley war gegen eine Discussion über die blosse Form und machte aufmerksam, dass es sich hier nicht sowohl um die Form als das Wesen handele, stimmte dem Vorschlage des Dr. Walz bei und warnte davor, dass die Versammlung in den gerügten Fehler des Abschweifens vom Gegenstande ver falle.

Schneider machte Vermittelungsvorschläge.

Schacht schloss sich der Meinung des Dr. Walz an.

Ruf nach Abstimmung.

Bley. Frage: Ist die Versammlung dafür, dass der Redner die Tribüne besteige?

Majorität: Ja! Viele Stimmen für verschiedene Vorschläge.

Bley erklärte entschieden, man müsse zu den Hauptsachen übergehen und diese entledigen. Frage: Sollen mehrere Plätze für Redner bestimmt sein?

Majorität: Nein!

Lindner wollte, dass kurze Bemerkungen vom Platz aus zu machen erlaubt sein möge.

Reinige fragte, ob es zulässig sei, einen missverstandenen Antrag vom Platz aus berichtigen zu lassen, was zugestanden ward.

Lucanus brachte die Sprache auf den Entwurf der Petition an die Reichsversammlung und erklärt, es könne nur in kurzen Umrissen gegeben werden, und trug den Entwurf vor.

Bley machte bekannt, dass nachfolgende Mitglieder für die Deputation nach Frankfurt bezeichnet seien: Engelhardt aus Frankfurt, Beyer aus Hanau, Winckler aus Darmstadt, Schlien kamp aus Düsseldorf, was allgemein angenommen ward.

Freund war mit dem Grundsatz des Entwurfs im Allgemeinen zufrieden, wünschte aber noch eine besondere Auseinandersetzung der aus der gesicherten Stellung der Pharmacie hervorgehenden Vortheile für das Publicum.

Schlippe aus Mainz erwähnte, dass Dr. Winckler einen ähnlichen Entwurf verfasst habe und wünschte die Vorlesung zu gestatten.

Winckler war mit der Adress-Commission nicht einer Meinung und trug die Gründe seiner abweichenden Ansicht motivirt vor.

Schacht verwahrte sich gegen das Missverständniss, als ob die Petitions-Commission selbst die Interessen des Apothekerstandes in Frankfurt vertreten könne; führt noch an, welche specielle Wünsche noch in der Petition mit aufgenommen werden müssten.

Gruner wollte keine Kritik des Petitions-Entwurfes, sondern verlangte noch, dass derselbe möglichst kurz und präcis sein möge.

Lucanus vertheidigte als Referent die Ansichten der Petitions-Commission und erklärte sich für Verschmelzung der verschiedenen Entwürfe.

Bley erklärte, dass der Inhalt der Petition möglichst klar, kurz und fasslich sein müsse, bat um Erweiterung des Termins für die Commission zur Abfassung der Petition, um den Ansichten der Versammlung gehörig zu genügen. — Die süddeutschen Collegen wünschten, dass die Petition in Abdrücken an alle deutschen Regierungen durch das Präsidium eingesandt werden möchte.

Deichmann warnte vor Uebereilung.

Borée übergab einen von ihm verfassten Entwurf zu den Acten der Petitions-Commission *).

Winckler motivirte die Ansichten seines Entwurfs durch einen kurzen Bericht über seine Erfahrungen bei der National-Versammlung, deren Berathungen er öfters beigewohnt habe.

Bley erklärte, dass man Fürsorge treffen werde, die Petition durch ein Mitglied des Parlaments übergeben zu lassen **).

Lucanus wünschte, dass jedem Anwesenden beim Congresse ein gedrucktes Exemplar des Petitions-Entwurfs mitgetheilt werde.

Walz unterstützte die Ansicht des Vorredners.

Freund machte darauf aufmerksam, die Petition nicht allein der Frankfurter Versammlung, sondern auch den Landtagen zu Wien, Berlin u. s. w. zu übergeben ***).

Die Versammlung ging zur Berathung des Paragraphen über die Verwaltung der Apotheken über und war mit der Fassung in Bley's Entwurfe einer Apothekerordnung im Allgemeinen einverstanden. Bei der Berathung über die wünschenswerthe Einführung einer allgemeinen deutschen Pharmakopöe erklärt

Otto, dass es zu wünschen sei, dass die demnächst zu emanirende Pharmakopöe in lateinischer Sprache verfasst werde.

Roth unterstützte den Antrag Freunds und wünschte Einsendung an alle Regierungen und sämtliche National-Versammlungen in Deutschland.

Bley erklärte auf Anfrage über die Unterzeichnung der Petition, dass diese vom allgemeinen Apotheker-Congress in Leipzig ausgehen müsse und schlug vor zur Tagesordnung überzugehen.

Es fand Widerspruch von mehreren Seiten statt unter Hinweisung, dass der Antrag über die Staatsprüfung noch nicht erledigt sei.

Bley verneinte dieses.

Man wünschte eine weitere Discussion deshalb, dem Folge gegeben ward.

*) Dieser hat sich später nicht vorgefunden.

**) Was bereits geschehen ist unterm 17. Septbr. 1848. B.

***) Zu diesem Ende ist eine besondere Petition ausgearbeitet von Dr. Meurer und Dr. Bley. (Siehe Beilagen.)

Schacht wollte, dass der approbirt Apotheker sich für besondere Anforderungen, die der Staat an ihn stellt, noch eines besonderen Examens unterwerfen solle, namentlich in Beziehung auf gerichtliche Untersuchungen, und wünschte, dass die freiwillige Gestaltung für ein solches Examen die Befähigung für amtliche Stellung involviren möge und stellte den Antrag auf Abstimmung.

Winckler empfahl ernstliches Nachdenken darüber, ob die Behörden sich in Zukunft mit den Untersuchungen Einzelner begnügen möchten; er wies darauf hin, dass medicinisch-polizeiliche Untersuchungen einzelnen Apothekern nicht anvertraut werden möchten, sondern geprüften Chemikern.

Knorr trat der Ansicht des Collegen bei.

Schunke war im Ganzen dafür, wollte aber das Recht zu medicinisch-polizeilicher Untersuchung auch dem Candidaten der Pharmacie, welcher zwei Jahre Chemie studirt habe, vindiciren.

Schacht erklärte, dass die Stellung jedes Apothekers gerade zu solchen Anstellungen befähigen sollte.

Meister beantragte den Vortrag eines von ihm eingereichten Antrages.

Gruner erklärte, dass wenn der Antrag nicht mit dem in der Debatte befindlichen Gegenstände zusammentreffe, so dürfe derselbe nicht verlesen werden.

Geiseler wünschte keine Wiederherstellung der Classificirung der Apotheker.

Walz unterstützte die Ansichten des Vorredners.

Freund verlangte von jedem Apotheker die Befähigung, auch die verwickeltesten und subtilsten Untersuchungen auszuführen.

Winckler verwahrte sich gegen ihm falschlich untergelegte Ansichten.

Bock wünschte, dass die Auswahl der Personen, welche sich gerichtlich-chemischen Untersuchungen unterziehen wollen, vom Staate getroffen werde.

Keiser wollte examinerische Bestimmungen darüber vom Staate.

Bley stellte die Frage: Ist die Versammlung der Ansicht, dass bei dem Examen des Apothekers auf Kenntnisse in der gerichtlichen Chemie Rücksicht genommen werde?

Majorität: Ja!

Freund stellte die Frage, wo die Staatsprüfungen abgehalten werden sollen und wollte, dass die Behörden angegangen werden, chemische Laboratorien bei jeder einzelnen Universität einrichten zu lassen.

Schacht wünschte keine Examina ausser der Hauptstadt des Landes.

Geiseler meinte, die pharmaceutischen Examen sollen bei allen Universitäts-Behörden gemacht werden können und stellte den Antrag auf Feststellung wegen Nachprüfung der auf längere Zeit unbeschäftigt gewesenen Apotheker.

Abl bevorwortete die Ansicht des Herrn Collegen Schacht und verlangt bessere pharmaceutische Bildungs-Anstalten.

Wackenroder hob hervor, dass die Genehmigung des Nichtstudiums der Pharmaceuten von Seiten der Majorität und die jetzigen Anträge der Consequenz entbehrten, die pharmaceutischen Bildungs-Anstalten der Universitäten seien nicht überall in hinreichendem Maasse vorhanden. Die Umgestaltung der Universitäten gäbe Hoffnung, dass dabei auch die pharmaceutischen Studien-Interessen besser als bisher werden berücksichtigt werden.

Redner nahm die Nachsicht der Versammlung für einen von ihm

schon früher beabsichtigten, aber wegen Unpässlichkeit nicht zur Ausführung gebrachten Vortrag in Anspruch.

Die Versammlung erklärte durch Acclamation ihre Zustimmung.

Redner verlieset seinen Antrag. Derselbe enthält ein Minoritäts-Gutachten über die bereits von der Versammlung verneinten Frage: ob es gesetzlich sein solle, dass die Pharmaceuten eine bestimmte Zeit auf einer Universität studirt haben müssen; den Grund dafür findet Redner in der Stellung, welche dem Apotheker in Zukunft gebühre.

Wolf aus Nördlingen stimmte den Ansichten des Vorredners bei und führte die gesetzlichen Bestimmungen Bayerns dafür an.

Dr. Bley erwähnte einer Adresse an den Universitäts-Reform-Congress zur Wahrung der Interessen der Pharmacie, trug denselben vor*) und stellte die Frage: Nimmt die Versammlung den Vorschlag an, dass die Adresse, so wie sie ist, erlassen werde?

Majorität: Ja!

Freund drückte sich also aus: Ich muss die Frage wieder aufnehmen, wo die Staatsprüfungen vorgenommen werden sollen, und überreiche folgenden Antrag zu Protocoll. In Bezug auf die Frage: ob die Staatsprüfungen in allen Universitäts-Städten abgemacht werden dürfen, enthält sich die Versammlung einstweilen eines Urtheils, da zuvor die Reform der Universitäten abgewartet werden müsse. Jedemfalls hält es der Congress für nothwendig, dass an allen Universitäten öffentliche chemische Laboratorien eingerichtet werden.

Lucanus fragt: Beschliesst die Versammlung, dass über die Frage abgestimmt werde: ob der Apotheker, welcher fünf Jahre ausser Geschäft zugebracht, sich beim Wiedereintritt einem Examen in Form eines Colloquiums zu unterwerfen habe? — Ja! Unterstützt! — Fragestellung wie oben; bei Trennung der Frage wird dieselbe mit Majorität bejahet.

Walz schlug vor zur Tagesordnung überzugehen, und zwar zu dem Puncte des Entwurfs, welcher von den Gehülfen handelt.

Schacht wollte die früheren Puncte erörtert wissen und sprach die Meinung aus, der Apotheker dürfe nicht gezwungen werden, rein chemische Mittel bloss nach einer bestimmten gesetzlichen Vorschrift zu bereiten.

Lucanus hielt dafür, dass der Apotheker sich an die gesetzliche Vorschrift der Pharmakopöe zu halten habe.

Walz war anderer Meinung.

Winckler erklärte, die Pharmakopöe müsse durch tüchtige, sachkundige Männer abgefasst werden, damit sich keine Fehler einschleichen.

Wege äusserte, dass die Pharmakopöe kein Lehrbuch, sondern ein Gesetzbuch sein solle.

Bley stellte die Frage: Ist die Versammlung der Meinung, über die fernere Erörterung dieses Passus hinweggehen zu können?

Viele Stimmen: Ja!

Schacht war dagegen, Freund dafür.

Bley stellte die Frage: Will die Versammlung die Frage fallen lassen? Majorität: Ja!

Bley erinnerte, dass Handverkauf und Gifthandel noch zur Erörterung kommen müssen.

Lucanus fragte: Hat der Apotheker die Verpflichtung Gifte zu verkaufen, oder giebt er dabei nur den Wünschen der Staatsverwaltung nach?

*) Siehe Beilagen.

Abl sprach über die gesetzlichen Bestimmungen darüber in Russland und stellt die letzten als vorzüglich auf.

Oswald hielt die Vorschriften der preussischen Regierung über den Giftverkauf für unpraktisch.

Wackenroder machte aufmerksam, dass diese Verhandlung auf ein zu weitläufiges Feld führen und die Bestimmungen füglich den Behörden überlassen bleiben müssen.

Bley empfahl, zur Tagesordnung überzugehen.

Schacht fragte, ob die Dispensations-Erlaubniss der homöopathischen Aerzte noch weiter vorkommen werde? und erklärt sich gegen dieselbe.

Einige wollen auf das Thema vom Giftverkauf zurückkommen.

Bley wies auf die zweckmässigen Vorschriften der Braunschweigischen Regierung hin, die im Archiv mitgetheilt seien, und erklärte, dass das Thema über Giftverkauf beseitigt sei.

Knorr wünschte Schutz des Handverkaufs gegen die Krämer.

Meister sprach Einiges über Privilegienrechte in Bezug auf den Handverkauf.

Wackenroder wollte das Recht des Publicums in Bezug auf den Handverkauf der Apotheker gewahrt wissen, und zwar durch Aufrechthaltung desselben in den Apotheken, wodurch das Publicum allein nur Garantie habe auf eine zuverlässige Bedienung.

Winckler erklärte, dass der Handverkauf dem Apotheker auch aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten gebühre; denn der Krämer und selbst der Droguist seien nicht im Besitze derjenigen pharmaceutischen Kenntnisse, welche dem Publicum Sicherheit gewähren.

Geiseler hielt die bestehenden Gesetze für gut, meinte aber, sie müssen besser gehandhabt werden, die Denunciation der Apotheker habe stets etwas Gehässiges; es sei Sache der Behörden, geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Bley theilte zwar die Ansichten Geiseler's, hält aber dafür, dass der Apotheker zu seinem Schutze mitwirken müsse; denn wo kein Kläger, sei auch kein Richter.

Geiseler erklärte, man dürfe hoffen, dass unsere Vertreter für bessere Handhabung der Gesetze Sorge tragen würden.

Bley erklärte die Visitation der Kramladen für ganz nothwendig.

Von vielen Seiten Schluss.

Bley zur Tagesordnung, zur Gehülfen-Angelegenheit.

Walz wollte, dass den Gehülfen eine bessere Zukunft geschafft werden müsse, und sprach für Gründung einer umfassenden Anstalt zum Zweck der Unterstützung dürftiger arbeitsunfähiger Gehülfen, machte Vorschläge für eine solche Anstalt, unter der Bezeichnung: »Gehülfen-Unterstützungsverein, gestiftet im Jahre 1848«, und stellt darüber die Frage: ob die Versammlung seine Ansichten theile?

Majorität: Ja!

Knorr trat dem Vorredner in Allem bei.

Bley rechtfertigte das Verfahren der Gehülfen-Unterstützungscasse des norddeutschen Apotheker-Vereins und der Gehlen-Buchholz-Trommsdorffschen Stiftung, welche im Jahre 1848 über 1000 Thlr. an Pensionen ausgezahlt hätten, stimmte aber einer Erweiterung aus vollem Herzen bei, und erinnerte an die Vorschläge im Juli-Hefte des Archivs für Pharmacie von Carl v. d. Ilm, welche zweckmässig seien und die man ins Leben rufen müsse, mit der von ihm vorgeschlagenen Modification.

Walz erklärte, er beabsichtige keine Persönlichkeiten und erkenne die Leistungen der gedachten Anstalten an.

Freund wollte, dass ein Gehülfen-Unterstützungsverein keine Beiträge von Gehülfen und Lehrlingen annehmen solle, sondern dass die ganze Last von den Besitzern allein getragen werde.

Bley erklärte, dass man die bestehenden Institute ähnlicher Art nicht dadurch gefährden dürfe, dass man die Lehrlinge und Gehülfen von Beiträgen ausschliesse, die von den achtbarsten Gehülfen jährlich freiwillig als ein Opfer für ihre Collegen dargebracht würden.

Lucanus und Sander äusserten die Ansicht, dass die Betheiligung an irgend einer Sache allein begründetes Anrecht an die Vortheile derselben gewähre, weshalb sie für Beiträge der Gehülfen sich erklären müssten; der Beitrag berechne den Anspruch auf Pension.

Keiser wünschte, dass man keine Fonds ansammle, sondern dass die gesetzlichen und bestimmten Beiträge, welche den Pensionsfonds bilden, jährlich ganz zur Vertheilung kommen.

Würth nimmt Bezug auf die Unterstützungs-Institute Wiens, aus welchen Pensionen bis zu 100 Gulden gezahlt werden.

Lindner wollte, dass die Gehülfen und Lehrlinge nicht zu den Beiträgen herangezogen würden. Capitalien müssen nicht gesammelt werden, diese Maassregel des norddeutschen Apotheker-Vereins sei ihm immer nicht angenehm gewesen.

Bley erklärte, man müsse die Statuten der bestehenden Anstalten aufrecht erhalten.

Zwei Redner sprachen für die Betheiligung der Gehülfen und Lehrlinge.

Dr. Lucanus sprach für Aufrechterhaltung der Stiftungen im Sinne der Stifter, dem Viele beistimmten.

Sedlacek erwähnte, dass in Böhmen die Gehülfen und Lehrlinge beitragen, und erklärte sich für Bildung eines Fonds zur Beihülfe für unbemittelte Apothekergehülfen bei Ankauf von Apotheken.

Bley wies hierbei auf Geiseler's frühere Vorschläge der Art hin, die man damals leider für nicht ausführbar gehalten habe.

Freund übergab folgenden Protest: Der Congress der deutschen Apotheker hat in der heutigen Sitzung den Beschluss gefasst, dass zu dem Pensionsfonds für würdige alte Gehülfen die Gehülfen mit beisteuern sollen, und hat hierbei den Grundsatz als leitend betrachtet, dass ohne diese Theilnahme der Gehülfen die ganze Sache als ein Act der Gnade erscheine. Weit entfernt, diese Ansicht als richtig anzuerkennen, erkläre ich, dass der Gehalt, welchen der Gehülfe während der Conditionszeit bezieht, keineswegs ein Aequivalent für seine Leistungen ist, und dass es daher keineswegs ein Act der Gnade oder der Grossmuth der Apothekenbesitzer ist, wenn sie für die spätere Zukunft der Gehülfen sorgen, sondern dass es nichts mehr als ihre unbedingte Aufgabe war auszusprechen:

- »Es sei gesetzlich festzustellen, dass den Apothekenbesitzern die
- »Pflicht obliege, in der Gesamtheit durch zweckmässige Maass-
- »regeln für die sorgenfreie Subsistenz ausgedienter Gehülfen zu
- »sorgen.«

Da dies nicht geschehen ist, so protestire ich gegen obigen Beschluss, und erkläre, dass ich die Aufgabe der Apothekenbesitzer nicht für gelöst erachte.

Leipzig, am 13. September 1848.

Leopold Freund
aus Königsberg in Preussen.

Viele Stimmen zum Schluss.

Bley fragte: Beschliesst die Versammlung den Schluss?

Majorität: Ja!

Walz konnte sich noch nicht beruhigen. Die Herren mögen sich hier gleich verbindlich machen. Er stellte die Frage auf: Können wir Oesterreich und Böhmen für diese Zwecke mit hineinziehen? und trägt auf Niedersetzung einer Commission an.

Lucanus beantragte für den Apothekergehülfen-Verein in Leipzig eine Commission aus drei Principalen und drei Gehülfen durch freie Wahl.

Allgemein angenommen.

Lucanus sprach sich mit Wärme für die Interessen der Gehülfen aus und fragte, ob die Versammlung die von dem Collegen Walz in seinem Vorschlage ausgesprochenen Grundsätze adoptiren wolle?

Majorität: Ja! Vielseitiges Bravo!!

Ein Redner wollte die 2 Thaler, welche jedes Mitglied zur Gehülfen-Unterstützungscasse giebt, für den zu bildenden Verein in Anspruch nehmen.

Walz: Jeder muss die Anerkennung dieser Verpflichtungen bekräftigen.

Lucanus stellte die Frage: Erkennt die Versammlung es für eine Verpflichtung der Apothekenbesitzer, sich bei diesem Institute zu betheiligen?

Majorität: Ja!

Walz erklärte, er wolle diese Angelegenheit alsbald bearbeiten.

Bley erklärte die Bereitwilligkeit des Directoriums des norddeutschen Apotheker-Vereins zur höchst wichtigen und nothwendigen Reform der Gehülfen-Unterstützungs-Angelegenheit mitzuwirken, und glaubte, dass diese Sache allgemeinen Anklang finden werde, unter nochmaliger Hinweisung auf die Vorschläge im Juli-Hefte des Archivs, die er anzunehmen bat, wie er oben schon sich ausgesprochen.

Freund wollte die Benennung Unterstützungs - Angelegenheit nicht billigen.

Lucanus erklärte die Sache für erledigt.

Bley stellte die Frage: ob noch Jemand darüber sprechen wolle?

Keiser hielt die Gehülfen-Angelegenheit noch nicht für erledigt, fand die Klage über schlechte Gehülfen theilweise begründet, glaubte jedoch, dass auch viele schlechte Principale vorhanden seien. Er wünschte eine Gehülfenordnung zur Abhülfe dieser Uebelstände, bearbeitet von einer Commission zusammengesetzt aus Gehülfen und Principalen; die Sache müsse jedoch als Privatangelegenheit unter den contrahirenden Theilen betrachtet werden.

Kindt meinte, die Gehülfen-Unterstützungs-Commission könnte diese Angelegenheit mit in die Hand nehmen.

Bley und Walz: Man darf nicht zu viel auf eine Schulter werfen.

Meister beantragte, nach dem Beispiele der gewerbetreibenden Stände die Betheiligung durch den Staat.

Der Antrag ward abgelehnt.

Bley, Walz, Herzog, Winckler, Abl und Sedlacek kommen überein, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und zweckdienliche Vorschläge zu machen, unter Hinweisung auf die beabsichtigte Vereinigung des norddeutschen und süddeutschen Apotheker-Vereins, mit Rücksicht auf einen allgemeinen Unterstützungsfonds.

Man ging auf den Paragraph über Apotheken-Revisionen über.

Lucanus erklärte, dass die Kosten der Revisionen überall vom Staate bezahlt werden müssen, und bat, dass man diesen Antrag unterstützen wolle, da die Visitationen im Interesse des Staats geschähen.

Abt führte die österreichischen, böhmischen und ungarischen Zustände als ähnliche Einrichtungen an.

Bley bestätigte dieses, mit Hinblick auf die schon lange in Preussen und andern Staaten, auch Anhalt, in Kraft stehenden Bestimmungen.

Waltz fragte: Sollen die Revisoren praktische Apotheker sein?

Ward noch mehr motivirt.

Bley stellte die Frage: Sollen die Apothekenrevisionen nur von praktischen Apothekern ausgeführt werden?

Majorität: Ja!

Bley erinnerte an Verfolgung der Tagesordnung und sprach für Schutz der Apotheker gegen Pfuscherei und unbefugten Arzneihandel.

Oswald erklärte, man wolle den Apotheker zum Denuncianten machen; es sei Sache der Polizeibehörde, welche solchen Dingen zuvorkommen und im Nichtfalle zur Rechenschaft gezogen werden müsste.

Dieses fand Widerspruch.

Redner wollte, dass gegen die Ordnung fehlende Kaufleute härter mit steigender Summe bestraft werden.

Herzog tadelte die Maassregeln der preussischen Medicinalpolizei-Ordnung und empfahl die dahin sprechende Verordnung der Braunschweiger Regierung.

Lucanus erklärte die entsprechenden Gesetze im Preussischen als unzumässig, und ihre Ausführung zu schwierig; er empfahl genaue Sonderung der Mittel, welche als Medicamente zu betrachten, mit denen die Kaufleute durchaus nicht handeln dürfen.

Waltz wollte, dass Gegenstände, welche der Kaufmann nicht beurtheilen könne, von demselben durchaus nicht geführt werden dürfen. Technische Artikel würden auch von den Apothekern nicht verkauft werden, wenn sie billiger wären.

Würth führte österreichische Zustände an.

Schacht führte an, dass sehr viele Mittel, welche zu technischen Zwecken gebraucht würden, auch Arzneimittel seien und deshalb eine Trennung von den reinen Arzneimitteln nicht möglich wäre. Man müsse Droguisten von Kaufleuten unterscheiden und von letzteren ein Examen fordern.

Würth schloss sich Waltz an.

Winckler machte aufmerksam auf die Beschlüsse der Mainzer Handelskammer, und rieth der Versammlung, sich gegen die möglicher Weise in der Versammlung zu Frankfurt vorkommenden Anträge rechtzeitig den Rücken zu decken.

Oswald war der Ansicht des Vorredners und trug dahin einschlagende Facta vor.

Geiseler trug auf Entwerfung einer allgemeinen deutschen Handverkaufstaxe an.

Die Majorität erklärte: Nein! Nein!

Bley sprach sich dahin aus, dass hinsichtlich des Handverkaufs der Apotheker Kaufmann sei.

Bley stellte die Frage: Beschliesst die Versammlung den Schluss der Debatte?

Ein Redner erklärte, Geheimmittel dürfen nicht frei von Jedermann verkauft werden.

Gruner sprach zur Berichtigung und wollte Lucanus' Ansicht irrig finden; man müsse die Geheimmittel nicht verwechseln mit den Artikeln, welche die sächsischen Laboranten ungeschert verkaufen, diese seien besser als bisher zu überwachen.

Bley machte bemerklich, dass wenn die Apotheker eine bessere Vertretung als bisher durch frei gewählte Fachgenossen erhalten würden, man dieser mit vollkommenem Vertrauen die Ordnung dieser Angelegenheit in die Hand geben könne, womit die Versammlung einverstanden war.

Bley erklärte, man könne übergehen zur Betrachtung der Real- und Personal-Concessionen.

Meister trug eine weitschichtige geschichtliche Darstellung der Entstehung der Privilegien vor, welche vielen Widerspruch findet.

Unterbrechung von vielen Seiten. Die Bemerkungen des Redners mit verdächtigenden Aeusserungen auf die Apothekenbesitzer erregen allgemeine Missbilligung und der Redner wird von der Versammlung zur Ordnung gerufen. Redner suchte sich zu vertheidigen und verliess nach fruchtlosen Versuchen die Versammlung.

Knorr fand in den Privilegien nur capitalisirte Forderungen, deren Ansprüche durch eine angemessene Taxe erhoben werden müssen. Gleichwohl müssen die Privilegien aufgehoben werden, aber nur gegen angemessene Entschädigung, welche von dem neuen Concessionair gewährt werden solle. Redner behauptet die Gefährlichkeit des Apothekenwuchers, und wünscht, dass der Staat die Preise der Apotheken regeln möchte, jedoch durch sachverständige Fachgenossen.

Bley war hinsichtlich der Regulirung der Preise der Apotheken auf ein Normalmaass mit dem Redner einverstanden, und versprach sich davon Vortheile für Apotheker und Publicum.

Winckler beleuchtete die sogenannten Realprivilegien und erklärte die meisten derselben für vollkommen unbegründet und trug die entsprechenden Stellen vor aus einer Schrift der oberhessischen Apotheker.

Lucanus sprach: Einige Aerzte und das Publicum theilen die Meinung, dass die Privilegien die Medicamente theuer machen. Redner widerlegte dieses und bemerkte, dass, da die Taxe für Alle gelte, sie möchten privilegiert oder concessionirt sein, so sei dadurch erwiesen, dass der Staat dabei auf den Kaufpreis gar keine Rücksicht nehme. Er meinte, alle Privilegien müssen fallen, jedoch nur unter angemessener Entschädigung, gab eine Erklärung über die Ursachen der Cabinetsordre vom 8. März und der Ministerialverfügung vom 13. August 1842, führte die Gründe an, welche späterhin wieder Ursache zu deren Widerruf gewesen, und schilderte die Mängel, welche noch bei dem Modus der Personalconcessions-Ertheilung im Schwange sind. Redner stellte Anträge zur Beseitigung der geschilderten und anderer Missbräuche.

Oswald war in der Hauptsache mit dem Vorredner einverstanden, wollte jedoch den Besitz und das Bestehen der Realprivilegien anerkannt wissen, und glaubte, dass die Realprivilegien nur gegen angemessene Entschädigung aufgehoben werden können; welcher Meinung Bley beipflichtete.

Böhke wollte eine freie Concurrenz beim Verkauf zur Geltung gelangen lassen, verwarf jedoch alle nicht hierher gehörenden Specialia.

Sander meinte, der Preisunterschied der privilegierten und concessionirten Apotheken sei nicht so bedeutend, und liege nur darin,

dass das Privilegium mehr Sicherheit gewähre. Der Apotheker müsse frei verkaufen können.

Keiser erklärte, es falle ihm nicht ein, irgend Rechte angreifen zu wollen; er wollte sich nur einige Bemerkungen erlauben über die Verantwortlichkeit der Apotheker, in deren Höhe er den Grund aller Calamitäten findet, von denen der Stand des Apothekers heimgesucht ist. Durch hohe Apothekenpreise wird die Gehülfsenschaft schlechter und in natürlicher Folge auch für künftige Zeiten der ganze Stand. — Schliesslich warnte Redner vor einem Rückschreiten.

Bley verwahrte die Apotheker vor letzterer Beschuldigung, welche er als eine vollkommen unbegründete bezeichnete

Abl wies auf die Nothwendigkeit einer pharmaceutischen Buchführung hin, und tadelte das Bestehen der Haus-Apotheken und des Selbstdispensirens. Er sprach sich dahin aus, dass es besser sei, wenn man statt des Selbstdispensirens der Aerzte Filial-Apotheken auf Rechnung der städtischen Apotheker errichte.

Knorr verlangte, dass die Dispensir-Anstalten der Militairlazarette und Armen-Krankenanstalten wegfallen müssen.

Freund suchte einen Irrthum zu berichtigen, nämlich die Ansicht, dass die theuren Preise der Apotheken den ganzen Stand verschlechtern würden, die er bestritt. Er erklärte: Die Regierungen müssten sich nicht in die Privatverhältnisse der Apotheker mischen. Der Begriff von theuer oder wohlfeil sei stets relativ und könne niemals maassgebend sein für Maassregeln, welche der Staat nehmen könnte, um Eingriffe in das Eigenthum des Privatmanns zu machen. Bei Regelung der Verleihung einer Concession müssen die Entschädigungen, welche ein Concessionair zahlen müsse, zu Zwecken öffentlicher Wohltätigkeit verwandt werden.

Meister erlaubte sich eine Gegenbemerkung in Bezug auf die Stellung des Apothekers. Der Apotheker stehe unter Controle des Staats, welcher die gesetzlichen Verhältnisse desselben regele, und der Staat müsse deshalb auch die Apothekenverkäufe unter seine Hand nehmen. Die Entschädigungen sollen nur dazu dienen, die Besitzer der Realprivilegien, welche solche eingebüsst haben, zu entschädigen.

Wege las einen Abschnitt aus der Petition des schlesischen Pharmaceuten-Vereins vor und deducirt daraus die Verkäuflichkeit der Real- und Exclusiv-Privilegien.

Deichmann hielt die Erörterung dieser Angelegenheit für sehr schwierig und nie zu beendigen, wenn man sich auf die genaue Untersuchung derselben einlassen wolle. Er glaubte, dass schon in dem Ausspruche, dass die Pharmacie als ein ganz Besonderes angesehen werden müsse, sich ein hinreichender Grund herausstelle, um diese Angelegenheit der Nationalversammlung in der einzureichenden Petition vorlegen zu können.

v. Beruff sprach über die Normirung des Verhältnisses der Apotheker zu der Einwohnerschaft.

Abl widerlegte v. Beruff über die Zahl der Normirung für das Bestehen einer Apotheke und beweist es durch praktische Beispiele aus Ungarn und Mähren.

Wackenroder hat sich über die Eigenthumsrechte der Apotheker schon mehrfach ausgesprochen und fand dieselben in den eigenthümlichen Verhältnissen und der ganzen Stellung genügend begründet. Redner führte zur Begründung seiner Behauptung die Verhältnisse der

Apotheker im Grossherzogthum Weimar an, war im Allgemeinen der Meinung, dass diese Frage nur ihre Erledigung in den später zu erlassenden Bestimmungen finden könne, bei deren Erlass jedoch praktische Apotheker mitwirken müssten.

Ein Redner trug zwei Facta vor, welche diesen Gegenstand betreffen.

Geiseler sprach über die Privilegienfrage und wollte die Privilegien aufrecht erhalten oder nur gegen Entschädigung aufgehoben sehen.

Walz wünschte nur die Principienfrage erörtert zu wissen und behauptete, dass jetzt der Verbrauch an Arzneien grösser sei, als vormals und man also bei einer grösser gewordenen Bevölkerung einen wichtigen Grund finden würde, die exclusiven Privilegien fallen zu machen. Redner empfahl fortdauernde und gründliche Erledigung dieser Angelegenheit und machte verschiedene Vorschläge zur Erreichung besserer medicinischer Zustände, Aufstellung einer pharmaceutischen Statistik möchte der Commission zu empfehlen sein.

Winckler bezweifelte ein festes Resultat durch die Verhandlungen der Versammlung, wollte aber den Versuch machen, ob durch einen Vortrag der pharmaceutischen Verhandlungen des Grossherzogthums Hessen sich dieser Zweck erreichen lassen würde*).

Man kam zu dem Paragraphen über die Taxe.

v. Beruff wollte in der Arzneitaxe niedrigere Arzneimittelpreise, aber höhere Arbeitspreise und besonders den Zeitaufwand berücksichtigt sehen.

Schnitzlein berührte das Rabattverhältniss in Bayern und empfahl das Princip, welches in Bayern gelte, dass ein mässiger Rabatt nicht überschritten werden dürfe.

Walz wies aus der bayerschen Apothekerordnung nach, dass die Rabattprocente 10 % nicht übersteigen dürfen.

Schacht verhiess in einer besonderen Abendsitzung über die Principien der preussischen Taxe Mittheilungen zu machen, er sprach gegen den Rabatt und glaubte, dass die Anstalten davon nicht immer wahren Vortheil geniessen. Er erklärte sich im Sinne von v. Beruff.

Lindner erklärte sich für besondere Veterinair-Arzneimitteltaxen und verwahrte sich ebenfalls gegen Rabatt wegen der moralischen Folgen und des falschen Urtheils in dieser Beziehung von Seiten des Publicums über zu hohen Verdienst.

Winckler redete über die praktische Brauchbarkeit der preussischen Taxe, über Verminderung in der Procententaxe bei den Drogueriepreisen und wollte, dass alle Ueberschreitungen bestraft werden sollen. Er stimmte für Rabatt, jedoch als Maximum, wie in Hessen 10 % und in der Veterinairpraxis 20 % und keine besondere Taxe für letztere.

Bley sprach über die Unbilligkeit zum Theil hochgestellter Rabattforderungen, durch welche die Staatsregierungen selbst den ersten Stein auf die Ehre der Apotheker geworfen und ihn verdächtigt hätten.

Hahn redete im Humanitätssinne für Rabatt und machte Mittheilungen über eine im Regierungsbezirke Merseburg von den Apothekern aufgestellte Veterinairtaxe, welche späterhin durch die Behörde eine ungünstige Wendung erhalten habe.

Reinige stellte den Antrag auf Abschaffung des Rabatts.

*) Dr. Winckler wird gebeten, seinen Vortrag durch den Druck zu veröffentlichen.

Böhlke wollte nicht totale Abschaffung des Rabatts, sprach aber ebenfalls für Erhöhung der Arbeits- und Erniedrigung der Procententaxe.

Bley stellte die Schlussfragen: a) Will die Versammlung, dass künftig nur ein niedriger Rabatt von dem Apotheker gegeben werden dürfe? und zwar b) nur bei Lieferungen an den Staat und milde Anstalten?

Majorität sprach sich bejahend aus: 1) angenommen, 2) angenommen.

Geffken stellte den Antrag, dass das jetzige Directorium mit der ferneren Leitung der Geschäfte betraut werden möchte und hofft, dass dasselbe alle hier nicht sogleich zu erledigenden durchführen werde zur Ehre des Congresses und zum Vortheile der Pharmaceuten.

Als Mitglieder des Directoriums wurden allgemein erwählt: Bley als Oberdirector, Lucanus und Wackenroder als Directoren, welche sich zur Mitwirkung die Herbeiziehung auch anderer, z. B. der oben schon bezeichneten HH. Collegen vorbehalten.

Einer der Versammlung, Herr Senior Taeschner aus Leipzig, sprach im Namen der Versammlung den Dank dem Directorium für die gehaltenen Mühen in einem herzlichen Abschiede aus, welches vom Herrn Oberdirector Bley in einer kurzen Rede erwiedert ward.

Am 13. September Abends 8 Uhr fand die Schlussitzung statt.

Der Oberdirector Dr. Bley referirte über die für den Congress eingekommenen besonderen im Anhang angedeuteten Anträge, mit Rücksicht auf welche das hier bei den Verhandlungen als Grundlage dienende Programm entworfen war, und theilte einige von auswärtigen Apotheker-Vereinen eingegangene Addressen mit, als die im Namen des württembergischen vom Herrn Apotheker Dann in Stuttgart eingegangene, sodann eine der ungarischen Apotheker, welche in der Beilage sich verzeichnet finden.

Herr Apotheker Schacht hielt hierauf den versprochenen Vortrag über die Principien der preussischen Taxe, welcher durch seine Gründlichkeit und Klarheit die Versammlung erfreute und den Herr College Schacht zur Veröffentlichung im Archive gütigst verheissen hat.

Dr. Bley erklärte, dass einer Sitte der Generalversammlung des Apotheker-Vereins gemäss, welche diesmal zu Gunsten des Apotheker-Congresses aufgegeben sei, noch ein Act der Förderung wissenschaftlichen Strebens der jungen Fachgenossen statt haben müsse in der Eröffnung des Devisenzettels der auf die Preisfrage der Hagen-Buchholz'schen Stiftung eingegangenen Preisarbeit unter Zuerkennung des Preises. Als Verfasser ward verlesen Herr C. Junghänel, derzeit bei Herrn Apotheker Crusius in Dresden, dem als Preis die silberne Medaille und 25 Thlr. preuss. Cour. als Ersatz für die Kosten zuerkannt worden sind. Sodann ward Abends 10 Uhr der Apotheker-Congress vom Vorsitzenden Dr. Bley mit nachstehender Schlussrede geschlossen:

»Wenn wir, meine hochgeehrten Herren Collegen, jetzt am Schlusse unseres allgemeinen deutschen Apotheker-Congresses angekommen sind, so dürfen wir hoffen, dass wir mit Befriedigung zurückblicken können auf die Resultate dieser Versammlung. Es war dieses in so kurzer Zeit zu erreichen nur möglich durch das schöne collegialische Verhältniss, in welches wir hier getreten sind, indem sich die Apotheker fast aller Gegenden unseres deutschen Vaterlandes die Hand gereicht haben zur Herstellung einer Einheit in den pharmaceutischen Angelegenheiten, einer Einmüthigkeit in allen dem, was zur Hebung

unseres Standes in wissenschaftlicher und gewerblicher Hinsicht dienen kann. Meine Herren, ich hege die Zuversicht, wenn wir diese Einmüthigkeit, diese Eintracht bewahren, so wird es uns über kurz oder lang sicher gelingen, Nützliches und Würdiges zu erreichen. Ich meine aber, wir haben auch Edles bereits erreicht, es ist dieses nämlich das Vertrauen, welches wir zu einander gefasst haben, dieses fusst jetzt auf die persönliche Bekanntschaft, aus der sich freundschaftliche Verhältnisse entwickelt haben und ferner weiter entwickeln werden, welche zu ferneren schönen Ergebnissen führen werden.

Meine Herren, ich danke Ihnen für das Vertrauen, welches Sie dem Directorium des norddeutschen Apotheker-Vereins, welches Sie den Geschäftsführern dieser Versammlung bewiesen haben, ich nehme Ihre Nachsicht in Anspruch, wenn vielleicht nicht Alles so vollkommen gelungen sein sollte, als es hätte geschehen können, wenn nicht die Zeitverhältnisse uns alle mit unendlicher Arbeit belastet gehabt hätten. Ich gebe Ihnen aber in meiner Collegen Namen die Versicherung, dass es uns eine Ehrensache sein werde, alles das mit warmem Eifer ferner zu befördern, was der Pharmacie nützen kann. Ich empfehle den Verein und das Directorium, so wie die Geschäftsführer dieser Versammlung Ihrem freundlichen Andenken und bitte um Erhaltung Ihrer collegialischen Freundschaft auch in der Ferne! Der Apotheker-Congress ist geschlossen.

Am 14. September Morgens kam der Petitions-Ausschuss nebst mehreren andern Collegen nochmals zusammen, um den Entwurf der Petition nochmals durchzugehen und festzustellen, wonach das Präsidium beauftragt wurde, die Petitionsschrift und alle Verhandlungen an alle deutsche Staatsregierungen und Nationalversammlungen officiell einzusenden.

Die Mitglieder der Versammlung trennten sich hierauf mit dem Wunsche, dass die arbeitsvolle Saat des ersten allgemeinen deutschen Apotheker-Congresses zur gedeihlichen Blüthe und Frucht gelangen möchte, indem sie sich gelobten, treu und einig bei einander zu stehen und an ihrem schweren und wichtigen Berufe mit treuer Gesinnung zum Wohle Aller festzuhalten.